

Stand: 08.11.2024 16:26:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3467

"Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3467 vom 25.09.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3807 des VF vom 10.10.2024



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass momentan die steigende Zahl von Geflüchteten, die nach Bayern kommen, Land und Kommunen vor große Herausforderungen stellt. Dabei ist aktuell in erster Linie die angemessene Unterbringung ein Problem: Die Kapazitäten in Land und Kommunen sind zunehmend erschöpft.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, innerhalb der Verantwortungsgemeinschaft aus Bund, Ländern und Kommunen zu ihrer Verantwortung zu stehen, diesen Menschen Schutz zu gewähren und die Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, ihre eigene Verantwortung ernst zu nehmen und folgende Punkte zur Stabilisierung des Landesaufnahmesystems auf den Weg bringen:

1. Das Mitspracherecht der Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten muss gestärkt werden.
2. Einbindung der Ehrenamtsstruktur.
3. Die Aufnahmequote eines Landkreises darf nicht durch die Unterbringung einer großen Anzahl von Geflüchteten nur in einer Kommune erfüllt sein, sondern die Verteilung innerhalb des Landkreises muss ausgewogen erfolgen.

Begründung:

Zu 1.: Beim umfangreichen und komplexen Prozess der Schaffung und des Ausbaus von Flüchtlingsunterkünften soll der direkte Dialog mit den Kommunen zur Akquise von Flächen und Liegenschaften verstärkt werden. Entsprechend sollen ab sofort neue potenzielle Flächen und Gebäude stärker im zuständigen Staatsministerium strategisch bewertet und die Arbeit der Bezirksregierungen koordiniert werden. Das Förderprogramm „Leerstand nutzen – Wohnraum schaffen“ soll bekannt gemacht und von den Kommunen auch genutzt werden.

Zu 2.: Gemeinsam mit den Bezirksregierungen sollen die Einsetzung von Beiräten, z. B. von lokalen Sportvereinen, Flüchtlingsorganisationen, Ehrenamtsagenturen zur Beteiligung der Zivilgesellschaft unterstützt werden. Um bei Konflikten zu vermitteln, soll das Umfeldmanagement gestärkt werden, um den persönlichen Kontakt zwischen Bürgerschaft und Bewohnerinnen und Bewohnern zu fördern bzw. zu unterstützen. Dabei sollen auch Begegnungsfeste und Handreichungen zur Einbindung des Ehrenamts gefördert werden.

Zu 3.: Vermehrt werden Geflüchtete in Bayern innerhalb eines Landkreises nur in einigen Kommunen in großen Flüchtlingsunterkünften untergebracht, um die Aufnahmequote eines Landkreises zu erfüllen. Dies überfordert die Kommunen sowohl personell als auch im Bereich der Infrastruktur. Es braucht hier die Stärkung der Infrastruktur sowohl bei der Unterbringung als auch bei der Integration, um so die Bereitschaft der Kommunen bei der Aufnahme zu erhöhen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/3467

Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Gülseren Demirel**
Mitberichterstatler: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 13. Sitzung am 10. Oktober 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende